

Sechste Sitzung – Sixième séance

Dienstag, 12. Dezember 2006

Mardi, 12 décembre 2006

08.00 h

06.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2007 Budget de la Confédération 2007

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 23.08.06
Message du Conseil fédéral 23.08.06

Bestellung: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern
Commande: OFCL, diffusion des publications, 3003 Berne
Nationalrat/Conseil national 04.12.06 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 05.12.06 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 06.12.06 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 07.12.06 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Fortsetzung – Suite)

06.047

Finanzplan 2008–2010. Bericht Plan financier 2008–2010. Rapport

Zweitrat – Deuxième Conseil

Bericht des Bundesrates 23.08.06
Rapport du Conseil fédéral 23.08.06

Bestellung: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern
Commande: OFCL, diffusion des publications, 3003 Berne
Nationalrat/Conseil national 04.12.06 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 07.12.06 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Fortsetzung – Suite)

06.048

Voranschlag 2006. Nachtrag II Budget 2006. Supplément II

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 29.09.06
Message du Conseil fédéral 29.09.06

Bestellung: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern
Commande: OFCL, diffusion des publications, 3003 Berne
Nationalrat/Conseil national 04.12.06 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 07.12.06 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Fortsetzung – Suite)

Leuenberger Ernst (S, SO), für die Kommission: Wir haben im Zusammenhang mit dem Voranschlag insgesamt fünf Bundesbeschlüsse zu verabschieden und von einem weiteren Dokument, nämlich vom Finanzplan 2008–2010, Kenntnis zu nehmen. Ich erwähne die fünf Bundesbeschlüsse, weil es immer wieder wichtig ist zu sehen, wie komplex eigentlich

diese Budgetierung ist. Es ist zum einen der Bundesbeschluss über den Voranschlag für das Jahr 2007. Sie finden diesen Bundesbeschluss – ich verweise auf das mehrbändige Werk zu diesem Budget – im Band 1 auf der Seite 52. Sodann gibt es drei Bundesbeschlüsse zu Sonderrechnungen, die Sie allesamt im Band 4 der «gesammelten Finanzwerke» finden können. Es sind dies der Bundesbeschluss über die Entnahmen aus dem Fonds für die Eisenbahngrossprojekte für das Jahr 2007, Band 4, Seite 9; der Bundesbeschluss über den Voranschlag 2007 des Bereiches der Eidgenössischen Technischen Hochschulen, Band 4, Seite 35; der Bundesbeschluss über den Voranschlag der Eidgenössischen Alkoholverwaltung für das Jahr 2007, Band 4, Seite 41. Sodann geht es um den Bundesbeschluss über den Nachtrag II zum Voranschlag 2006; diesen Bundesbeschluss finden Sie in der weissen Broschüre, er ist noch nicht in die «gesammelten Werke» integriert. Schliesslich wird uns der Finanzplan 2008–2010 des Bundesrates unterbreitet; ein Planungsinstrument des Bundesrates, Sie finden es in Band 5.

Sie wissen es, es wird alle Jahre betont: Eintreten ist obligatorisch. Sie wissen auch, dass mit dem neuen Rechnungsmodell, das hier erstmals zur Anwendung kommt, die Vergleichbarkeit mit den Zahlen der Vorjahre nicht in jedem Fall eins zu eins gegeben ist. Um allfälligen Schwierigkeiten entgegenzutreten, um Ratsmitgliedern da etwas aus der Patzche zu helfen, hat die Finanzverwaltung drüben – im Vorzimmer, hätte ich beinahe gesagt – in der Wandelhalle des Nationalrates ein Auskunftsbüro eingerichtet. Sie wären also freundlich eingeladen, allfällige technische Fragen, die Sie nicht hier zur Diskussion bringen wollen, dort zu stellen und sich kundig zu machen. Die Finanzverwaltung steht bereit. Der Bundesratsentwurf zu diesem Budget geht von Referenzgrössen aus. Auch diese finden Sie schön und fein sauberlich aufgelistet, wiederum in Band 1 auf Seite 11: Das reale Wachstum des Bruttoinlandproduktes für 2007 beträgt 1,5 Prozent, das nominelle Wachstum in der gleichen Periode 2,8 Prozent, die Teuerung 1 Prozent.

Sie finden auch an der gleichen Stelle Kennzahlen zur Ausgabenquote des Bundes, grosso modo in der Grössenordnung der Vorjahre: 11,3 Prozent. Die Steuerquote des Bundes beträgt 10,6, die Verschuldungsquote 26,8 Prozent. Das ist doch verglichen mit den Vorjahren erfreulicherweise eher rückläufig.

Sie finden sodann im Bundesbeschluss über den Voranschlag die wesentlichsten Zahlen, und in diesem Zusammenhang darf ich Sie auf die Fahne hinweisen, wobei ich Sie bitten würde, die Fahne 06.041–2 zur Hand zu nehmen, und zwar jene Fahne, auf der steht: «Anträge der Finanzkommission des Ständerates vom 17. November und 11. Dezember 2006». Sie finden dort auf den letzten Seiten den Bundesbeschluss mit den massgebenden Zahlen, die hier dann zu genehmigen sind. Sie stellen dabei fest, dass die Ständeratskommission Ihnen einen Budgetentwurf vorlegt, der genau den Beschlüssen des Nationalrates entspricht: Aufwänden von 55,293 Milliarden Franken stehen Erträge von 55,869 Milliarden Franken gegenüber. Mithin resultiert ein Ertragsüberschuss von 575,5 Millionen Franken – Sie finden das in Artikel 1 des Bundesbeschlusses.

Die Kommission hat festgestellt und sich von der Finanzverwaltung und vom Herrn Finanzminister bestätigen lassen, dass damit die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllt sind, wobei als Detail hier darauf hinzuweisen sei, dass für die Berechnung jener Zahlen die Zahlen der Finanzrechnung beizuziehen wären. Ich will Ihnen nicht sagen, es resultiere daraus noch ein Delta in der Grössenordnung von 400 Millionen Franken, weil das ja durchaus dazu verführen könnte, dies noch ausreizen zu wollen. Und das ist nicht die Absicht der Finanzkommission.

Wir haben uns in der Finanzkommission im Zusammenhang mit diesem Budgetierungsprozess eigentlich mit zwei Fragen befasst; sie haben uns beschäftigt und in einem gewissen Sinn auch mit Sorge erfüllt. Die definitiven Antworten sind noch nicht durchs Band weg gegeben. Zum einen haben wir festgestellt, dass der Bundesrat zu relativ später

Stunde noch einmal eine Ausgabenreduktionsübung hat durchführen müssen und zu diesem Zweck die Departemente aufgefordert hat, nach einem bestimmten Schlüssel Reduktionsvorschläge zu unterbreiten. Die Finanzkommission hat relativ schnell bemerkt, dass von einzelnen Departementen bei dieser Opferrunde Beträge auf den Opfertisch gelegt worden sind, bei denen man wegen dem Absender annehmen konnte, dass das Parlament nicht besonders begeistert sein und sie wieder korrigieren oder das mindestens versuchen würde. Das ist der schwierige Teil dieser Frage. Aber ebenso schwierig ist die Geschichte, dass der Bundesrat uns ganz klar geantwortet hat, beim Verteilungsschlüssel für Ausgabenreduktionen gehe er vom Grundsatz aus, dass die Ausgaben in gebundene und ungebundene zu unterteilen sind. Dabei hat die Finanzkommission dann feststellen müssen, dass zu den ungebundenen Ausgaben – also zu jenen, die bei solchen Kürzungsübungen anzurechnen sind – durchaus auch Investitionen gehören. Die Finanzkommission hat sich die Frage gestellt, ob diese Unterscheidung und dieses Vorgehen so zweckmässig seien. Ich werfe dies hier als Frage auf, weil die Finanzkommission sich ernsthaft vorgenommen hat, das zu gegebener Zeit – nicht jetzt im Rahmen dieses Budgets – mit dem Bundesrat in aller Ruhe noch einmal anzuschauen.

Eine zweite Frage, die ich Ihnen auf den Tisch legen muss: Sie kennen die strikte bundesrätliche Haltung, die weitestgehend von beiden Finanzkommissionen übernommen worden ist, nämlich die Übung zu sagen, wer am Budget Änderungen im Sinne einer Erhöhung der Ausgaben vornehmen wolle, sei gehalten, gebeten, aufgefordert, Kompensationen einzubringen, damit das Gesamtvolumen der Ausgaben nicht ansteige. Das ist unter dem Regime der Schuldenbremse ein durchaus zielführender Weg. Die Finanzkommission hat dann leicht überrascht zur Kenntnis genommen, dass uns der Bundesrat zu relativ später Stunde – nämlich am 23. Oktober, als dieser Budgetierungsprozess in den Kommissionen schon voll angelaufen war, auch in unserer Kommission, die ja die Kommission des Zweitrates ist – brieflich mitteilte, er brauche in diesem Budget noch einen Kredit für Impfstoffe in der Grössenordnung von 70 Millionen Schweizerfranken und dann ebenfalls einen Verpflichtungskredit, den Sie jetzt in der Vorlage finden. Die erste Frage, die sich kompensationsgewohnte Parlamentsmitglieder gestellt haben, war natürlich die: Sieht der Bundesrat irgendwo eine Kompensation vor? Die nationalrätliche Kommission, etwas dramatisch, und unsere Kommission, dann schon etwas gelassener, haben die Antwort entgegennehmen müssen: Es gibt keine Kompensationsmöglichkeiten, sodass also – und das wird ja heute möglicherweise noch Diskussionsgegenstand sein – der Pfad der Tugend, hier durchaus auch der finanzpolitischen Tugend, auch durch den Bundesrat nicht immer voll respektiert wird. So viel in aller Kürze zu diesem Voranschlag insgesamt.

Es wird sodann der Nachtrag II zum Budget 2006 zu beraten sein. Da liegen Nachträge von insgesamt 470 Millionen und Verpflichtungskredite von 21 Millionen Franken vor.

Es ist vielleicht nicht unnütz, ganz kurz einen Blick in unsere Schwesterkammer zu werfen, da ja der Nationalrat Erstrat ist, und zu berichten, wie die Beratungen dort verlaufen sind. Die nationalrätliche Kommission hat nach sehr eingehender Debatte auch im Plenum des Nationalrates eine eingehende Debatte miterleben können. Ich will bloss festhalten, dass am Schluss ein Budget entstanden ist, dem nun die ständerätliche Kommission weitestgehend zustimmt, ein Budget, das im Nationalrat mit 111 zu 52 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen worden ist. Die Neinstimmen stammen aus einer Mehrheit der SVP-Fraktion, welche die budgetierten Ausgaben als zu hoch einstuft und deshalb das Budget ablehnte; ein Teil der Neinstimmen resultiert aus der grünen Fraktion, welche das Budget als zu hart ablehnt. Man könnte etwas maliziös sagen, es sei mithin eine ordentlich eingemittelte Vorlage.

In dieser Situation ist dann die ständerätliche Finanzkommission ans Werk gegangen, und sie entnehmen es der Fahne: Es ist weder aus Fantasielosigkeit noch aus Faulheit,

dass wir weitestgehend den Beschlüssen des Nationalrates – ich habe sie als «eingemittelt» bezeichnet – und den Entwürfen des Bundesrates zustimmen.

Aus der Sicht der Kommissionsmehrheit kann ich Ihnen mitteilen, dass wir keine Differenzen zum Nationalrat hinterlassen möchten, auch um ein aufwendiges Differenzbereinigungsverfahren zu vermeiden. Wenn ich etwas sehr grossen Respekt vor dem Differenzbereinigungsverfahren beim Budget habe, so muss ich Sie in aller Freundschaft darauf hinweisen, dass in diesem Rat ein Mechanismus erfunden worden ist, der wie ein Damoklesschwert über allen Budgetberatungen schwebt, nämlich dass man es bei Differenzen bis zur Einigungskonferenz kommen lässt und dann den Antrag der Einigungskonferenz ablehnt, um damit zu erwirken, dass automatisch die in der dritten Beratung beschlossenen tieferen Beträge zum Budgetgesetz werden.

Das kann es auf die Dauer nicht sein; deshalb – ich sage es Ihnen in aller Offenheit – ist es mein Ziel seit jenen Tagen, möglichst ohne Differenzen, aber auf jeden Fall ohne Einigungskonferenz zu einem Budget zu kommen. Denn es könnte dem Ansehen der Institutionen schaden, wenn man am Schluss mit solchen Umwegen, wie ich soeben einen geschildert habe, dann zu einem Budget käme. Wir müssen, glaube ich, in offener Diskussion – oder, wenn Sie so wollen, in offener Feldschlacht – unsere Beschlüsse fassen und dann danach trachten, dass sie möglichst nicht zu weit von jenen des Nationalrates entfernt sind, damit eine Einigung möglich ist.

Ihre Finanzkommission empfiehlt Ihnen also in allen Teilen Zustimmung zu ihren Anträgen, Genehmigung aller fünf erwähnten Bundesbeschlüsse und Kenntnisnahme vom Finanzplan. Ich darf bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass beim Budget-Bundesbeschluss in einem Fall – Artikel 8, Sie finden dies auf der heutigen Tagesordnung – eine Abstimmung mit Quorum zur Ausgabenbremse bei den Verpflichtungskrediten vorgesehen ist. Das erfordert dann doch eine ordentliche Präsenz, und Sie sollten dann zu diesem Zeitpunkt nicht alle drüben in der Wandelhalle des Nationalrates mit den Finanzverwaltungsleuten diskutieren, sondern hier an der Abstimmung teilnehmen.

Als wir in der Finanzkommission festgestellt haben, dass beim Budget die ganz grossen Auseinandersetzungen – Ihr Entscheid selbstverständlich vorbehalten – dieses Jahr voraussichtlich ausbleiben, sind wir zum Schluss gekommen, Ihnen zu empfehlen, dem Finanzplan besondere Beachtung zu schenken. Das hat auch dazu geführt, dass ich den Herrn Ratspräsidenten bitte, gleich anschliessend Herrn Lauri für die Finanzkommission das Wort zu geben, damit er die Finanzplandiskussionen in der Finanzkommission hier zur Darstellung bringen kann. Ich möchte Sie dann auch ganz herzlich einladen, in der anschliessenden allgemeinen Aussprache über das Budget und alle Bundesbeschlüsse auch diesen Finanzplan zu würdigen. Wiewohl das ein Instrument des Bundesrates ist, können wir durchaus dem Bundesrat gewisse Hinweise geben.

Mit dem nochmaligen Erwähnen der Kommissionsanträge – Zustimmung zu den Bundesbeschlüssen – möchte ich meine Ausführungen schliessen.

Lauri Hans (V, BE): Zusammen mit dem Budget, ausgearbeitet nach den Anforderungen des revidierten Finanzhaushaltsgesetzes und des neuen Rechnungsmodells, legt uns der Bundesrat auch einen teilweise neu konzipierten Finanzplanbericht vor. Nach Auffassung der Finanzkommission handelt es sich um eine gut gelungene, erneuerte Darstellung. Umgangssprachlich kann man von einem erfreulichen Facelifting sprechen. Diese Bewertung bezieht sich auf die formale und redaktionelle Umsetzung. In gut verständlichen, knappen Texten werden die wichtigsten nötigen Informationen im Zeitablauf vermittelt. Besonders informativ sind die neuen Anhänge 3 und 4, die all denjenigen zur Lektüre empfohlen seien, die rasch einen Überblick erhalten wollen. Im Anhang 3 geht es um die Einnahmen, dargestellt in 14 Übersichtstabellen, im Anhang 4 sind die Aufgaben und Ausga-

ben in einem neuzusammengestellten Aufgabenportfolio mit 13 Bereichen und 43 einzelnen Aufgaben dargestellt.

Die immer wieder geforderte engere Verbindung zwischen Sach- und Finanzplanung ist damit einen Schritt weitergekommen. Als besonders zielführend erachtet die Kommission die Zusicherung des Bundesrates, die jährliche Planung von Zeit zu Zeit mit auf zehn, zwanzig oder mehr Jahre angelegten Perspektiven, also Entwicklungsszenarien zu besonders wichtigen Entwicklungen, zu ergänzen, beispielsweise hinsichtlich möglicher zukünftiger demografischer Entwicklungen und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt. Damit wird anerkannt, dass Staatsführung und Haushaltspolitik nur auf lange Frist erfolgreich betrieben werden können.

Das neue Finanzhaushaltsgesetz hat neben der Einführung des neuen Rechnungsmodells auch gewisse normative Auswirkungen auf den Finanzplan. Erwähnt sei hier die Bestimmung von Artikel 19 Absatz 2, die es in Zukunft konsequent umzusetzen gilt. Sie verlangt, dass der Bundesrat der Bundesversammlung bei Krediten für neue Vorhaben, die in der Finanzplanung nicht vorgesehen sind, darlegt, wie die Zusatzbelastung finanziert werden soll.

Erwähnt sei auch die neue Bestimmung in Artikel 143 ParlG, wonach der Bundesrat mit dem Finanzplan zu berichten hat, wie er eine Motion zu diesem Finanzplan umgesetzt hat. Weicht er von der Umsetzung ab, so stellt er einen begründeten Abschreibungsantrag. Soweit es an mir ist, würde ich dafür eintreten, dass der Bundesrat den Begriff «Motion zum Finanzplan» in einem weiten Sinn versteht, d. h., dass er auch Stellung nimmt zu angenommenen Vorstössen, die während des Jahrs eingereicht wurden, aber spezifisch auf den Finanzplan fokussiert sind. Es wäre wertvoll, wenn auch solche Vorstösse jeweils mit dem Finanzplanbericht kommentiert würden. Meines Erachtens besteht hier noch ein gewisser Nachholbedarf.

Eine kurze, angemessen differenzierte Betrachtung des Finanzplans für die Jahre 2007 bis 2008 führt zu folgenden Eckwerten: Wir haben einmal einen Start der Planung auf einem voraussichtlich komfortablen Abschluss der Rechnung 2006 mit einem Einnahmenüberschuss von – aus heutiger Sicht – geschätzten rund 2,2 Milliarden Franken und ausserordentlichen Einnahmen von noch einmal 2,1 Milliarden Franken.

Wir haben in der Planungsperiode weiter zunehmende Ausgaben und Steuerquoten, was negativ ist, aber eine abnehmende Verschuldungsquote und ein Ausgabenwachstum nach Bereinigung um die Durchlaufposten von 2,2 Prozent, also 0,7 Prozentpunkte über der Teuerungsannahme von 1,5 Prozent. Wachstumsspitzenreiter mit einem gemeinsamen Anteil von über 40 Prozent am Haushalt sind unter Ausklammerung des Finanzbereichs einmal mehr die soziale Wohlfahrt sowie Bildung und Forschung. Von den klassischen Aufgabengebieten haben während des Planungszeitraums Kultur und Freizeit sowie Landwirtschaft und Ernährung eine Abnahme bzw. das deutlich kleinste Wachstum zu verzeichnen. Weiter haben wir in allen Jahren strukturelle Überschüsse, d. h. Überschüsse zusätzlich zu den konjunkturell geforderten Überschüssen, was eine Positivmeldung darstellt. Andererseits haben wir ausserordentliche, d. h. ausserhalb der Schuldenbremse anfallende Ausgaben in der Grössenordnung von 5 Milliarden Franken. Neue, konkrete zusätzliche Ausgaben in der Grössenordnung von mehreren 100 Millionen Franken sind im Planwerk noch nicht berücksichtigt, aber heute klar sichtbar.

Der Bundesrat kommt mit Datum vom August 2006 zu einer verhalten positiven zusammenfassenden Würdigung: Die Schuldenbremse werde eingehalten und es zeichneten sich Handlungsspielräume ab, die zur Finanzierung neuer Aufgaben und/oder ausserordentlicher Transaktionen eingesetzt werden könnten. In der Finanzkommission blieb die Auffassung, es sei hinsichtlich der finanziellen Möglichkeiten des Bundes deutlich zu strikter Zurückhaltung zu mahnen, unwidersprochen. So weit die Berichterstattung aus dieser Kommission.

Aus meiner persönlichen Sicht gestatte ich mir hinzuzufügen, dass ich der weiteren Entwicklung der Bundesfinanzen

trotz der durchaus anzuerkennenden Verbesserungen mit grosser Sorge entgegentreffe. So muss ich feststellen, dass die Verschuldung selbst dann weiter fortschreitet, wenn alle strukturellen Überschüsse zur Finanzierung der ausserordentlichen Ausgaben von rund 5 Milliarden Franken eingesetzt werden; dies in einer Zeit mit grosser wirtschaftlicher Prosperität. Die Schaffung eines neuen Instrumentes zur Schuldenbegrenzung, in Ergänzung zur bereits bestehenden Schuldenbremse, ist meines Erachtens unausweichlich. Ich kann hier darauf hinweisen, dass Ihre Finanzkommission dieses Thema bereits aufgegriffen hat, dass sie es im nächsten Jahr weiter behandeln will und dass der Bundesrat, was erfreulich ist, offenbar die Annahme eines Postulates der freisinnig-demokratischen Fraktion auf Ergänzung der Schuldenbremse um ein weiteres Instrument beantragt. Hier liegt also zusätzliche Arbeit vor uns.

Die planerische Annahme des Bundesrates, die Konjunktur entwickle sich über mehrere Jahre hinweg ungebrochen positiv, ist sehr optimistisch. Diese Annahme ist dem Finanzplan zugrunde gelegt, widerspricht aber der volkswirtschaftlichen Erfahrung. Geht die Konjunktur zurück, stehen wir sofort wieder vor Schwierigkeiten. 0,5 Prozentpunkte weniger Wirtschaftswachstum bedeuten rund 500 Millionen Franken weniger Einnahmen. Wir alle wissen, dass es sehr rasch zu einem um 0,5 Prozentpunkte geringeren Wirtschaftswachstum kommen kann.

Es kommt hinzu – das ist nun ganz entscheidend –, dass der Bundesrat mit seiner Aufgabenüberprüfung offenbar auf Schwierigkeiten gestossen ist. Der ehrgeizige Zeitplan kann nicht eingehalten werden, was dazu führt, dass in den Jahren 2008 und 2009 wenigstens teilweise offenbar wieder mit Massnahmen à la Entlastungsprogramm (EP) gearbeitet werden muss. Dies ist äusserst bedauerlich, da damit keine echte Priorisierung verbunden ist, sondern nach dem Prinzip des geringsten finanzpolitischen Widerstands vorgegangen wird. Ausgaben und Aufgaben mit grosser gesetzlicher Bindung werden in einem solchen Verfahren bevorteilt, die anderen Ausgaben und Aufgaben benachteiligt. Zudem hat der Bundesrat den Bereich der sozialen Wohlfahrt bei der Überprüfung vorläufig ausgeklammert. Die Tatsache, dass dieser Bereich in den anderen Bundesaufgaben zunehmend die Luft abschneidet, bleibt damit bestehen.

Bei diesen kritischen Hinweisen auf den Vorgang der Aufgabenüberprüfung müssen wir uns auch immer bewusst sein, dass es in dieser Arbeit – auch das ist entscheidend wichtig – nur darum geht, das Wachstum der Bundesausgaben auf das auf lange Frist angenommene Wachstum der Wirtschaft von 3 Prozent zurückzuführen und damit in Einklang mit dem erfahrungsgemäss realisierbaren Einnahmenwachstum zu bringen. Also: Trotz Aufgabenüberprüfung besteht kein Anlass für die Verwendung von Worthülsen wie Totsparen, Staatsabbau, Verbauung der Zukunft, Buchhalterei und anderes. In einem Satz: Es besteht kein Anlass, von dem vom Finanzdepartement – und wohl auch vom Bundesrat – definierten und von der Finanzkommission unterstützten ausgabenpolitischen Kurs abzuweichen.

Im Nationalrat wurde zur finanzpolitischen Debatte ausgeführt, diese leide immer mehr an einem Mangel an Glaubwürdigkeit, da sich die schlechten Prognosen der zurückhaltenden Finanzpolitiker nie bewahrheitet hätten; diese Debatte erinnere an das Märchen mit dem Wolf, der trotz Androhung doch nie gekommen sei. Aber: Der Wolf war eben schon da. Er hat innerhalb von zehn, fünfzehn Jahren ein Wachstum der Schulden von vielleicht 60 auf 130 und mehr Milliarden Franken bewirkt. Es geht nun darum, mit einer zurückhaltenden Finanzpolitik, mit Augenmass, dafür zu sorgen, dass dieser Wolf auch in der Finanzpolitik nicht weiteren Schaden anrichten kann.

Epinay Simon (C, VS): A la fin de 2006, la Confédération aura pour la première fois depuis l'an 2000 dépensé moins d'argent qu'elle n'en aura encaissé. C'est une bonne nouvelle dont nous ne sommes en effet guère coutumiers. Toutefois, cette embellie doit être appréciée avec beaucoup de retenue. En fait, c'est un miroir aux alouettes. L'excédent

de 2 milliards de francs dans les comptes qui se substituera aux 697 millions de francs de déficit budgétisés s'explique pour diverses raisons, et il doit être relativisé face aux perspectives financières qui nous attendent. Cet excédent découle en fait des programmes d'allègement 2003 et 2004. Il est le fruit d'une certaine rigueur budgétaire du Parlement et du Conseil fédéral; il s'explique surtout par une conjoncture on ne peut plus favorable. Dorénavant, nous le savons tous, la croissance est au rendez-vous; elle se traduit par une augmentation des recettes, en particulier de celles de l'impôt anticipé, de la TVA ou de l'impôt fédéral direct.

A propos de recettes, on devrait ajouter qu'elles vont également augmenter ces prochaines années puisque, par exemple, le produit de la redevance sur le trafic des poids lourds liée aux prestations devrait rapporter au fonds pour les grands projets ferroviaires plus de 100 millions de francs en 2008 et passer ainsi de 610 millions environ à 710 millions de francs par année. De même, en 2009, les recettes devraient augmenter, avec le relèvement de 0,8 point de la TVA en faveur de l'AI, ce qui représente un montant de 1,9 milliard de francs en 2009 et de 2,6 milliards de francs en 2010.

Globalement, nous pouvons dire que les bons résultats découlent davantage de la bonne marche de l'économie que de la maîtrise des dépenses, puisque ces dernières ont augmenté de 11 pour cent en six ans, passant de 47,1 milliards de francs en 2000 à 51,4 milliards de francs en 2005.

C'est d'autant plus une fausse bonne nouvelle que – vous l'avez entendu tout à l'heure – le plan financier n'annonce guère de résultats réjouissants. En effet, du côté des recettes, il est probable que les impôts sur les huiles minérales, le tabac ou les véhicules à moteur diminueront et que la croissance de 1,5 pour cent puisse être inférieure aux prévisions et ne permette dès lors plus à la Confédération de percevoir les recettes escomptées.

Au niveau des dépenses, l'horizon s'assombrit – quitte à jouer les Cassandra. En effet, les excédents cumulés suffisent tout juste à financer les dépenses extraordinaires. La dette de 130 milliards de francs, qui était de 40 milliards de francs en 1990, ne peut être amortie, en dépit du résultat positif. La compensation de la progression à froid devrait générer une diminution des recettes fiscales de l'ordre de 1 milliard de francs dès 2008. La réforme de l'imposition des couples mariés devrait provoquer un manque de recettes de l'ordre de 700 millions de francs dès 2010. L'adaptation des rentes AVS à l'évolution des salaires et des prix, conjuguée au vieillissement de la population, coûtera à la Confédération environ 40 millions de francs, pendant que les dépenses de la prévoyance sociale continueront de s'accroître. En 2007, elles représenteront plus de 17 milliards de francs, soit plus du tiers des dépenses de la Confédération.

La Confédération devra également participer dans une proportion plus élevée aux coûts de réduction des primes d'assurance-maladie. Les dépenses relatives à la formation, la recherche et l'innovation devraient augmenter de 6 pour cent par an. Le fonds d'infrastructure pour les agglomérations doit être créé par une première dotation de 2,6 milliards de francs. L'introduction de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons devrait coûter au départ 1,4 milliard de francs. La recapitalisation de la caisse de pension Publica et de celle des CFF pourrait grever les comptes de la Confédération de 900 millions et 1,4 milliard de francs respectivement. Et évidemment, à l'approche des élections fédérales, on peut imaginer que le Parlement puisse succomber à un certain nombre d'appétits.

Dès lors, à défaut de vigilance, on pourrait demain raser gratis. Ce budget, pourtant, est un pas dans la bonne direction afin d'assainir durablement les finances fédérales. C'est dans cet esprit que la commission a abordé le budget, en veillant à ne pas le déséquilibrer, même si elle aurait souhaité faire toute une série de retouches. Elle a surtout accepté que, dans cet exercice de rigueur, l'on pratique également une politique anticyclique. Nous attendons toutefois du Conseil fédéral qu'il poursuive, voire accélère, la réforme de

l'administration, qu'il réduise en particulier les doublons, qu'il renonce à différentes études alibis, qu'il accélère les procédures et qu'il procède également, comme il l'a annoncé, à un réexamen de toutes les tâches de la Confédération.

Il faut dégraisser l'Etat, mais sans l'affamer. C'est dans cet esprit que je vous invite à suivre la majorité de la commission qui, pour une fois, a suivi, comme l'a dit le président, le Conseil national dans les quatre domaines où il y avait des divergences.

Schwaller Urs (C, FR): Vor einigen Wochen haben wir mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass die Jahresrechnung 2006 statt mit einem Defizit von rund 700 Millionen Franken mit einem Einnahmenüberschuss von mehr als 2 Milliarden Franken abschliessen wird. Dies ist das Ergebnis einer vorsichtigen Finanzpolitik, von zwei Entlastungsprogrammen, einer guten Ausgabendisziplin in den Departementen und vor allem auch einer Konjunktur, die besser ist, als es erwartet wurde, und welche für Kantone und Bund zu Mehreinnahmen führt. Das Budget 2007 widerspiegelt dieses verbesserte finanzielle Umfeld, und wir können heute einen zufriedenstellenden Voranschlag behandeln.

Gerade vor dem Hintergrund einer Bundesschuld von 130 Milliarden Franken und vor allem wegen verschiedener ausserordentlicher Ausgaben in den nächsten Jahren ist es nun wichtig, dass wir im diesjährigen Budgetprozess nicht ohne Not und vor allem nicht in grösserem Ausmass auf die Beschlüsse der Entlastungsprogramme zurückgekommen sind und zurückkommen werden. Ebenso wichtig ist es, dass der Bundesrat die von ihm aufgelegten Aufgabenreformen, Aufgabenverzicht und Aufgabenteilungen oder Aufgabenneuzuteilungen durchzieht und sich an seine finanziellen Vorgaben hält. Gleichzeitig ist es an uns Parlamentariern, mit neuen Ausgabenforderungen – inklusive die ausserordentlichen Ausgaben – etwa im Gleichschritt mit dem Wirtschaftswachstum zu bleiben. Ich trage die Anträge der Finanzkommission selbstverständlich mit und lade Sie ein, dasselbe zu tun.

Ich habe noch zwei Bemerkungen. Die erste betrifft einen Entscheid des Parlamentes im Entlastungsprogramm 2004, wonach die dem VBS auferlegten Kürzungen für 2008 von 165 Millionen Franken nur unter dem Vorbehalt erfolgen sollen, dass die Bundesversammlung bis spätestens 2006 über allfällige Änderungen der Rechtsgrundlagen zu Organisation, Einsatz und Ausbildung der Armee entscheiden kann. Die Finanzkommission hat über diesen Vorbehalt im Rahmen der Budgetdiskussion gesprochen und zur Kenntnis genommen, dass die entsprechende Diskussion in der Sicherheitspolitischen Kommission auf Januar 2007 angesetzt ist. Bereits jetzt möchte die Finanzkommission aber ihre Meinung kundtun – und ich tue das auch zuhnden des Amtlichen Bulletins –, dass auf den erwähnten Vorbehalt betreffend die Finanzen für die Armee für 2008 nicht zurückzukommen sei. Sie legt indessen Wert auf die Feststellung, dass am Finanzplafond 2009–2011 keinerlei Kürzungen in Betracht gezogen werden; dies ist die erste Bemerkung.

Die zweite einleitende Bemerkung gilt der Frage, ob im Zusammenhang mit den für die sogenannte Kohäsionsmilliarde im EDA und im EVD im Budget 2007 zu erbringenden ersten Kompensationen die Vorgaben der von beiden Räten entgegen dem Antrag des Bundesrates angenommenen Motion Leuthard 05.3808, «Disparitätenszahlungen», eingehalten werden. Die Beantwortung dieser Frage hat die Finanzkommission längere Zeit beschäftigt. Klar ist, dass die Südhilfe nicht gekürzt wird. Viel weniger klar ist, in welchem Umfang öffentliche Entwicklungshilfe in den Ostländern beschnitten werden muss, um als departementsinterne Kompensation für die aus wirtschaftlichen Überlegungen zugesprochene sogenannte Kohäsionsmilliarde zu dienen. Kaum angängig dürfte es nach meiner Auffassung sein, den Ärmsten in den Ostländern öffentliche Entwicklungsgelder zu entziehen, um diese dann den etwas weniger Armen in den neuen Ländern der EU zukommen zu lassen. Ich will heute nicht auf die zum Teil widersprüchlichen Aussagen im Zusammenhang mit den Kohäsionsbeiträgen eingehen.

Zuerst ist einmal Klarheit zu schaffen, von was und von welchen Projekten wir im Zusammenhang mit öffentlicher Entwicklungshilfe in den Ostländern überhaupt reden. Abzuklären ist, welches genau der Spielraum der beiden Departemente und welche deren Kompensationsmöglichkeiten im übrigen Ausgabenteil der beiden Departemente sind. Dann sehen wir weiter, und es werden notfalls für das Budget 2008 Abänderungsanträge zu stellen sein. Gleiches gilt für den demnächst zur Diskussion stehenden Rahmenkredit für die Osthilfe. Vorderhand danke ich Herrn Bundesrat Merz für die sowohl in der Finanzkommission als auch im Nationalrat abgegebene Zusicherung, dass der Bundesrat die ganze Frage noch einmal angehen und nächstes Jahr auch verständlich erklären wird, wie er vorgehen gedenkt, um in den Voranschlägen 2008 fortfolgende die Beschlüsse des Parlamentes in Sachen Motion Leuthard umzusetzen. Mir scheint, dass dann gleichzeitig auch die Finanzplanung anzupassen ist, wo mit den Departementen der Spielraum für neue Projekte und deren allfällige Etappierung vorgegeben wird, was einiges klären und manche Diskussion ersparen könnte; dies das Erste.

Was den Finanzplan anbelangt, erlaube ich mir nur folgende Bemerkungen, und zwar im Zusammenhang mit dem VBS. Für die Jahre 2008 bis 2010 sind hier Gesamtkredite in der Höhe von jährlich rund 6,9 Milliarden Franken eingeplant. Der finanzierungswirksame Anteil bleibt wie 2007 bei rund 4,6 Milliarden Franken, die Leistungsverrechnungen machen jedes Jahr rund 1,7 Milliarden Franken aus, und der nicht finanzierungswirksame Anteil sinkt von rund 750 Millionen auf 655 Millionen Franken.

Die letzte Bemerkung gilt dem Nachtrag im Departement, welches ich zu betreuen hatte. Hier geht es nur um eine einzige Position. Es wurde bezüglich der zu leistenden Diensttage zu tief budgetiert, und der entsprechende Betrag wird nun voll zulasten der Kreditreste 2005 kompensiert.

Dies meine einleitenden Bemerkungen zu den drei Geschäften.

Pfisterer Thomas (RL, AG): Verliert das Parlament seinen Einfluss auf das Budget? Dem Buchstaben nach bestimmt das Parlament das Budget jeweils im Dezember. Dabei wägt es die Prioritäten gesamthaft ab und bezieht auch die Sachpolitik ein. Das ist jedenfalls das Ideal. Von diesem Ideal weicht die Realität immer mehr ab. Wir werden in unserer umfassenden Abwägung behindert. Die Auseinandersetzung mit der Sachpolitik wird zu einer Einzellobbying-Übung. Wir stossen zunehmend auf Schutzmauern und Privilegien in einzelnen Bereichen. Beispiele:

1. Fonds: Neu haben wir seit diesem Jahr jetzt auch den Infrastrukturfonds.
2. Leistungsaufträge und Globalbudgets: Wir haben die Leistungsvereinbarung mit den SBB erneuert. Wir haben zusätzlich den Bundesrat begleitet, als er dem Astra einen Leistungsauftrag als Flag-Amt erteilt hat. Damit ist erstmals ein derartig politischer Bereich und auch einer mit grossen Beträgen ausgegliedert worden.
3. Zunehmende langfristige Kreditplafonds: Sie kennen die Bildungsdiskussion. Wir haben in der Botschaft des Bundesrates betreffend die Armeereform einen mehrjährigen Kreditantrag zur Kenntnis genommen.
4. Verträge zwischen Bund und Kantonen und den Transportunternehmungen im regionalen Personenverkehr: Der Bundesrat nahm im Sommer eine Kürzung um 30 Millionen Franken vor, aber erst, nachdem die Kantone die Verträge gemäss Weisungen des Bundes bereits abgeschlossen hatten. Offensichtlich sind der Budget- und der Bestellprozess nicht genügend aufeinander abgestimmt.
5. Formelle Verteilschlüssel bei generellen Kürzungsrunden: Sie kennen diese Regeln; der Kommissionspräsident hat darauf hingewiesen. Die gebundenen Ausgaben werden mit einem Drittel gewichtet, die ungebundenen mit zwei Dritteln. Folge ist zum Beispiel, dass das UVEK mit einem Budgetanteil von 15,5 Prozent einen überproportionalen Anteil von 23,8 Prozent an den Kürzungen des Budgets 2007 überneh-

men musste. Ähnliche Mechanismen haben wir bei den Entlastungsprogrammen erlebt.

Folge dieser formellen Verbindlichkeiten ist, dass gewisse Staatsausgaben wie Verkehr und Landesverteidigung systematisch und dass insbesondere auch Investitionen benachteiligt werden. Andere Bereiche hingegen wie die Sozialversicherungen sind ebenso formell bevorzugt.

Das sind Strukturprobleme der Führung des Finanzhaushaltes. Sie reichen weit über den Budgetprozess 2007 hinaus. Der Bundesrat hat in der Finanzkommission einige dieser Probleme angesprochen; dafür möchte ich herzlich danken. Etwas zuversichtlich bin ich eigentlich nur mit Blick auf die «Aufgabenüberprüfung», weil das ein Prozess ist, der offenbar ohne formelle Restriktionen und rein sachlich abläuft. Er ist für die Politik natürlich schwierig, weil er von uns verlangt, dass wir Prioritäten setzen und uns mit der Sache auseinandersetzen, und weil wir uns dabei nicht verstecken können. Es wird unter anderem Aufgabe der Finanzkommission sein, diese strukturellen Probleme der Handlungsfähigkeit aufzuarbeiten. Ich bin dankbar dafür, dass der Präsident der Kommission, Herr Leuenberger, das heute betont hat. Ich bitte Sie, gerade bei einer Budgetberatung, die wie im vorliegenden Fall nicht besonders hohe Wellen wirft, einmal nicht nur die Bäume, sondern auch den Wald zu sehen. Einen Blick auf den Wald habe ich Ihnen hier vermitteln wollen. Es steht eine erhebliche Arbeit an.

Fetz Anita (S, BS): Das Budget 2007 sieht gut aus. Der Ertragsüberschuss beträgt fast eine Milliarde, genauer 900 Millionen Franken. Sogar das Korsett der Schuldenbremse hat Spielraum von etwa 400 Millionen. Dass die Mehrheit in der Finanzkommission und natürlich auch im Bundesrat trotzdem an der ganz starken Kreditsperre festgehalten hat, scheint mir, mindestens im Bereich von Bildung und Forschung, nicht nötig und auch nicht sinnvoll zu sein. Ich komme später darauf zurück.

Schauen wir die Staatsrechnung 2006 an, dann kann man sogar sagen: Verhalten herrscht Freude. Denn statt des budgetierten Defizits von 700 Millionen Franken sehen wir uns einem Überschuss von 2,2 Milliarden gegenüber. Dazu kommen noch die Erträge aus dem Verkauf der Swisscom-Aktien von 2,1 Milliarden Franken. Das ergibt eine Erfolgsrechnung mit 4,3 Milliarden Franken Überschuss.

Ich lasse jetzt einmal offen, wie viel politisches Kalkül dabei war, eine Budgetgenauigkeit von satten 5 Milliarden zu produzieren. Ich wünsche mir auf jeden Fall und werde das auch in der Finanzkommission einbringen, dass der Bundesrat für die Jahre 2008 bis 2010 sowohl die Einnahmen wie die Wirtschaftsprognosen nochmals überarbeitet und dem aktuellen Stand anpasst. Ich bin schon zu lange in der Politik, um nicht zu wissen, wie man mit negativen Annahmen auch Politik machen kann. Das heisst nicht, dass ich mich nicht auch für einen ausgeglichenen Haushalt einsetze und dafür bin, dass man Schulden nicht einfach wachsen lässt. Der Preis für das gute Ergebnis, das muss man an dieser Stelle auch betonen, ist hoch. Es waren einschneidende Sparprogramme; allein bei der Bildung und Forschung haben wir in den letzten drei Jahren 1,3 Milliarden Franken weggespart. Ich finde, für ein Land ohne Rohstoffe und mit einer älter werdenden Bevölkerung ist das ein nicht ungefährlicher Weg. Auch wurden Tausende von Arbeitsplätzen abgebaut. Das bringt zwar ausgeglichene Zahlen, ist aber für jede betroffene Familie eine Katastrophe, auch wenn ich weiss, dass es jeweils zu wenigen Entlassungen kommt. Dennoch muss man es immer wieder sagen: Es geht hier auch immer um Arbeitsplätze.

Tatsache ist: Die Ausgaben haben wir im Griff. Gleichzeitig sind wir in einer Phase des konjunkturellen Aufschwungs, und da, dieser Meinung bin ich, muss man für schlechte Zeiten zurücklegen. Die Kennzahlen für die Schweiz sind gut. Ich meine, Finanzpolitik darf man nicht unabhängig von den Kennzahlen einer Volkswirtschaft machen. Wir haben in der Schweiz eine der tiefsten Staatsquoten in Europa, wir haben sehr tiefe Unternehmenssteuern, eine noch hohe Innovationsfähigkeit, eine sehr gute Infrastruktur, und das ist der

Grund, warum wir überdurchschnittlich viele ausländische Firmen hier in der Schweiz haben, die den guten, sicheren Standort schätzen.

Eine zukünftige finanzpolitische Strategie muss die Ausgaben im Griff behalten. Sie muss diese auch drücken, wenn sie überborden. Sie darf aber nicht nur die Ausgabenseite berücksichtigen, sondern sie muss sich auch um die Einnahmeseite kümmern. Grosse Schuldenberge belasten zukünftige Generationen. Das wollen wir nicht. Genauso fahrlässig ist es aber, den zukünftigen Generationen veraltete Infrastrukturen oder die Einschränkung der Innovationsfähigkeit zu hinterlassen. Eine nachhaltige Finanzpolitik muss auf beiden Seiten zukunftsfähig sein.

Für die Finanzplanperiode 2007–2010 beträgt der kumulierte Überschuss knapp 5 Milliarden Franken. Dabei inbegriffen sind erneute Einsparungen: im Jahr 2008 von 700 Millionen, im Jahr 2009 von 950 Millionen und im Jahr 2010 von 1,2 Milliarden Franken. Zugegeben, das ist nicht nur unnötig, denn es erwarten uns einige grosse finanzielle Brocken. Stichworte dazu sind: Neat, FinöV-Fonds, AHV, IV und Pensionskassen sowie die nötigen Investitionen in Bildung und Forschung. Dennoch oder gerade deshalb muss man auch darauf hinweisen, dass es sozial unfair ist, in dieser Zeit eine Steuersenkung für Grossaktionäre zu planen, die Bund und Kantone fast eine Milliarde Franken Einnahmen entzieht und meiner Meinung nach keinerlei Wachstumsimpulse gibt. Falls das Projekt nicht schon an der Verfassungsmässigkeit scheitert, wird es ganz sicher an der Urne von der Bevölkerung gestoppt werden.

Noch ein letztes, pragmatisches Wort zu den Schulden: Ich habe es bereits gesagt, ich befürworte auf keinen Fall ein Anwachsenlassen von Schulden, die die nächste Generation belasten. Abgesehen davon ist es nicht sehr produktiv, über Zinsen die Einnahmen unserer Banken zu erhöhen; man könnte dieses Geld sehr viel produktiver einsetzen. Dennoch möchte ich noch etwas zur Schuldsituation sagen. Wir dürfen nicht vergessen – man muss es auch immer wieder sagen –, dass es drei Kategorien von Schulden gibt: Etwa 30 Prozent unserer Schulden sind – ich sage das mal so – künstliche Schulden. Wir haben sämtliche Pensionskassen ausfinanziert. Das ist eine Praxisänderung. Da kann man politisch verschiedener Meinung sein; es ist auf jeden Fall eine künstliche Erhöhung. Etwa 10 Prozent unserer Schulden betreffen Investitionen in die Zukunft, und etwa 40 Prozent unserer Schulden sind seit den Neunzigerjahren akkumulierte Defizite. Wenn man also die Sache so anschaut, dann sieht die Verschuldung anders aus; man muss sie differenziert anschauen.

Alles in allem meine ich, dass die Finanzsituation des Bundes gesund ist; ich sage bewusst nicht kerngesund, sondern gesund. Wir haben wieder politischen Handlungsspielraum. Es besteht aber weder Anlass zum Jubeln noch Anlass zum Schwarzmalen, sondern wir sollten Schritt für Schritt weitergehen, hin zu einer nachhaltigen Finanzpolitik. Ob der politische Handlungsspielraum zugunsten von Investitionen für die breite Bevölkerungsmasse genutzt wird oder zugunsten einiger weniger, ist hier nicht Gegenstand der Debatte, aber das wird in den nächsten Jahren durch die politischen Mehrheitsverhältnisse entschieden werden.

Berset Alain (S, FR): Je ne m'exprimerai pas sur le budget 2007, qui est peu contesté. Les orateurs précédents ont dit sur ce budget tout ce qu'il y avait à dire pour l'entrée en matière. Par contre, j'aimerais formuler plusieurs remarques sur le plan financier.

Il a été relevé que la formation et la recherche, d'une part, et la prévoyance sociale, d'autre part, sont les groupes de tâches pour lesquels on prévoit les augmentations de dépenses les plus importantes. Mais l'action de la Confédération dans ces domaines est quand même incontestée; elle est quasiment incontestable. Cela montre aussi que la Confédération joue un rôle dans ces domaines et qu'il y a des priorités qui sont mises là où elles doivent être mises.

La communication du Département fédéral des finances a pris l'habitude de dire qu'il y a des «excédents structurels»,

pour près de 5 milliards de francs, entre le budget et le plan financier. Je dois vous le dire: pour moi, cette notion d'excédents structurels est relativement nouvelle. On avait beaucoup parlé jusqu'ici de déficits structurels, qui avaient justifié la mise en oeuvre des programmes d'allègement budgétaire 2003 et 2004. Alors, que l'on parle aujourd'hui d'excédents structurels montre que ces programmes d'allègement ont eu des effets très importants. Cela relativise fortement la nécessité, ou la soi-disant nécessité d'envisager encore de nouveaux programmes d'allègement, parce que l'objectif à long terme doit être l'équilibre; cela ne peut pas être d'atteindre un record en termes d'excédents structurels ou de faire l'excédent structurel le plus élevé possible. C'était le premier point.

Les excédents structurels dont on parle posent automatiquement la question de leur affectation future. Alors, on voit bien que cela ne va pas poser de problèmes particuliers dans les années à venir, parce que cette question va se régler d'elle-même dans les prochaines années, puisque l'on attend des dépenses extraordinaires assez importantes. Mais après, que va-t-il se passer? J'aimerais rappeler ici – cela a été fait, mais il faut le dire encore une fois – que les dépenses sont une face de la médaille; l'autre face est celle des recettes, un domaine dans lequel le Conseil fédéral a lancé ces dernières années des projets extrêmement importants qui conduisent à de fortes diminutions des recettes.

On peut penser notamment au paquet fiscal qui a été finalement rejeté par le peuple, mais qui a quand même été adopté par le Parlement. On peut penser aussi à d'autres projets beaucoup plus actuels: la réforme de la fiscalité des entreprises, l'imposition des participations de collaborateurs ou encore les mesures urgentes pour les couples. Ces projets ont des conséquences qui sont différentes sur la population; il me paraît aussi extrêmement important de le rappeler ici. Certains projets sont favorables à la majorité de la population, favorables aux revenus moyens et aux revenus les plus bas. Ils doivent donc être soutenus; c'est notamment le cas de l'imposition des couples.

Mais d'autres projets sont beaucoup plus discutables: notamment ceux qui concernent l'imposition des actions et options de collaborateurs, ceux qui concernent aussi l'imposition des détenteurs de parts importantes de sociétés, c'est la réforme de l'imposition des entreprises II. Ce sont des projets qui redistribuent des moyens importants à des contribuables qui n'en ont pas le plus besoin. La conséquence, c'est que ces moyens passent plutôt finalement à l'épargne qu'à la consommation; cela a aussi des conséquences, ou plutôt cela n'a pas de conséquences, alors qu'on pourrait espérer que de tels projets en aient sur la croissance.

La croissance justement a une dimension extrêmement importante, qui est souvent absente des discussions budgétaires et du plan financier. On voit que c'est une composante fondamentale de l'évolution des finances publiques. Et il suffit, pour s'en convaincre, de regarder l'évolution en parallèle du produit intérieur brut et l'évolution de la part de l'Etat dans le produit intérieur brut.

On a beaucoup parlé ce matin des dépenses et de la responsabilité du Parlement par rapport à cette question. Mais la médaille a deux faces. Et puis les recettes sont aussi un domaine dans lequel le Parlement a une responsabilité particulière. Je pense qu'il sera nécessaire de s'en souvenir au moment où nous allons avoir de grands débats, en 2007, sur d'importants projets qui touchent à l'autre volet des finances publiques, à savoir les recettes. C'est le message que je voulais apporter dans ce débat d'entrée en matière.

Schweiger Rolf (RL, ZG): Ich habe mich ganz kurzfristig entschlossen, im Rahmen der Eintretensdebatte auch noch ein Votum zu halten, und zwar möchte ich anschliessen an das, was Frau Fetz gesagt hat. Sie hat in einigen Wendungen den Eindruck erwecken wollen, als ob die ganze Rechnungsgeschichte des Bundes mit vielerlei Taschenspielertricks und Trickdiebereien versehen sei; sie hat beispielsweise gesagt, dass die Schulden im Umfang von 30 Prozent nur künstliche seien; sie hat den Eindruck erweckt, als ob

die Schätzung der Einnahmen so geschehen sei, um politisch angenehme Stimmungen zu erzielen. Das ist so nicht richtig.

Wenn man sagt, dass Nachfinanzierungen von Pensionskassen künstliche Schulden seien, und wenn man sagt, man hätte bei den Einnahmenschätzungen auch positivere Annahmen treffen können, dann wird damit der Eindruck erweckt, als ob man dem Aspekt der Sicherheit nicht Rechnung tragen müsse. Eine Nachfinanzierung der Pensionskassen ist nichts anderes, als denjenigen, die den Pensionskassen angehören, die Sicherheit zu geben, dass sie ihre Renten in der Zukunft auch tatsächlich erhalten können. Wir haben in der Vergangenheit den Fehler gemacht, Pensionskassen als Quantität négligeable zu betrachten; wir haben uns auf die zukünftigen Generationen verlassen und gesagt: Sie werden dann schon schauen, dass alles recht wird. Dem ist nicht so. Es ist Akt einer verantwortungsvollen Finanzpolitik, die Finanzierung der Schulden, die man gegenüber der Zukunft eingeht, auch sicherzustellen, dies insbesondere im Bereiche der Pensionskassen. Das ist ein Anspruch, den die Angestellten des Bundes tatsächlich haben.

Wenn gesagt wird, aus der Retrospektive betrachtet habe sich gezeigt, dass die Einnahmen im Jahre 2006 viel besser gewesen seien, als sie ursprünglich prognostiziert waren, dann stimmt diese Sichtweise schon. Nur ist diese Sichtweise in dem Sinne nicht richtig, dass die Schätzung der Einnahmen des Jahres 2006 im Jahre 2005 geschehen musste. Genauso ist es auch beim Budget des Jahres 2007 gemacht worden. Wenn wir Einnahmenschätzungen vornehmen, die von dem abweichen, was ein grosser Teil derjenigen, die etwas für die Zukunft prognostizieren, schätzt, dann liegen wir falsch. Einnahmen haben auf der vorsichtigen Seite geschätzt zu werden; und eine Vielzahl der Probleme, die in den Haushalten anderer Länder entstanden sind, ist allein darauf zurückzuführen, dass man aus politischen Gründen so getan hat, als ob man Einnahmen hätte, von denen man annehmen musste, dass sie so nicht erzielt würden.

Ich appelliere intensiv daran, dass auch in Zukunft bezüglich der Einnahmen von realistischen Annahmen ausgegangen wird und dass im Rahmen der Prüfung der Realistik auch dem Aspekt der Sicherheit Rechnung getragen wird. So und nur so gelingt es, eine finanziell befriedigende Situation zu erhalten. Wenn wir uns mit Ländern in unserer Umgebung vergleichen, dürfen wir in diesem Parlament feststellen, dass wir in den letzten drei, vier, fünf Jahren unsere Haushalte in den Griff bekommen haben. Dieses Verdienst kommt uns allen zu, aber es ist auch die Folge eines Denkens, das von realistischen, von sicheren Annahmen ausgeht.

Amgwerd Madeleine (C, JU): Mon intervention dans le cadre de l'examen du budget 2007 vous paraîtra peut-être surprenante; elle porte sur des détails par rapport à l'ensemble du débat budgétaire et s'agissant des montants en jeu. Je la fais néanmoins, dans le cadre du débat d'entrée en matière, étant donné l'unité de pensée et de décision qui se dégage de l'étude du dossier par le Conseil national et la commission de notre conseil. Je souhaite donc formuler des remarques à propos de deux positions qui ne seront nullement abordées dans la discussion par article puisque pour l'une, il y a eu une décision positive et, pour l'autre, une décision négative.

Commençons par la décision positive concernant le soutien à l'éducation culturelle des adultes – c'est la position 306.A2310.0301. Il y a deux ans, j'étais intervenue à ce sujet pour soutenir une proposition Stadler qui visait à augmenter le crédit à un niveau égal à celui qu'a adopté le Conseil national pour le budget 2007. On constate qu'une nouvelle fois, le Conseil fédéral a voulu le diminuer alors qu'il sait combien ces sommes sont précieuses pour des organisations qui travaillent avec la base. La formation continue n'est pas élitiste; elle s'adresse à toutes celles et à tous ceux qui ont la volonté et l'ambition de se perfectionner dans leur profession. Cependant, ce qui m'amène à intervenir est la chose suivante. J'avais suggéré que cette position pour le moins ne

devait pas s'appeler «Soutien à l'éducation culturelle des adultes». D'après les associations concernées, il s'agit bien de formation continue de base, et l'expression «culturelle» est dans ce cas malheureuse et inappropriée.

D'autre part, j'avais également suggéré que cette position, au lieu de figurer dans le budget de l'Office fédéral de la culture, soit transférée dans celui de l'OFFT. Je constate que, du moins du point de vue du budget, rien n'a changé. J'espère que cette proposition, soutenue également par les associations concernées, sera étudiée voire mise en oeuvre dans un prochain budget.

L'autre remarque concerne la position 202.A2310.0288, Contributions générales à des organisations internationales. Elle ne figure pas dans le dépliant puisque le Conseil national a rejeté la proposition de la minorité I (Fässler) qui demandait une augmentation du montant budgété pour aller dans le sens des motions Zapfl 05.3801 et Amgwerd 05.3900 sur le Fonds mondial de lutte contre le VIH/sida, la tuberculose et le paludisme – la motion 05.3900 a été adoptée par les deux conseils. Je ne fais pas de proposition aujourd'hui, mais je souhaite simplement mentionner pour mémoire et pour un prochain budget que la mise en oeuvre de ces deux motions impliquera une augmentation du crédit prévu à cette position.

Je vous remercie de tenir compte de ces remarques sur ces deux positions pour le budget 2008.

Brändli Christoffel (V, GR): Wir haben erfreuliche Zahlen auf dem Tisch. Es gibt aber auch hier ein Aber, einmal bezüglich der Ausgaben. Wir haben uns ja zum Ziel gesetzt, die Ausgaben in Einklang mit der Wirtschaftsentwicklung zu bringen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Ausgaben davon weit weg sind, deshalb auch die negative Entwicklung der letzten Jahre. Man muss auch hier wieder feststellen, dass auch das vorliegende Budget wohl besser als jene der letzten Jahre ist. Aber es erreicht das Ziel nicht, die Ausgaben im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung zu halten, sondern die Ausgaben steigen nach wie vor stärker. Wenn wir hier von Sparen reden: Privat ist es so, dass ich weniger ausbebe, wenn ich spare – das ist auch eine normale Interpretation des Sparbegriffs. Beim Staat ist es anders, da geht es eigentlich nur darum, die Ausgaben nicht so stark steigen zu lassen wie in den letzten Jahren. Es geht also nicht darum, weniger Ausgaben zu haben, sondern weniger Ausgabenwachstum. Dieses Ziel müssen wir haben, sonst können wir die Staatsaufgaben längerfristig nicht mehr finanzieren.

Die Einnahmen sind konjunkturbedingt sehr hoch. Wir haben einen Überschuss, der uns verschnaufen lässt. Aber wir müssen uns davor hüten, jetzt wieder neue wiederkehrende Ausgaben zu beschliessen, weil wir etwas mehr Geld zur Verfügung haben. Es ist leider so, dass dieses Parlament jede Session neue wiederkehrende Ausgaben beschliesst, die Hunderte von Millionen Franken kosten. Deshalb ist die ganze Entwicklung fast hoffnungslos.

Für mich ist die Verschuldungsentwicklung entscheidend. Sie haben ja die Zahlen gesehen. Wir haben von 1990 bis 2006 einen Anstieg von 40 auf rund 130 Milliarden Franken. Wir haben zudem einige Schuldenbereiche ausgelagert, deren Tilgung in den nächsten Jahren auf uns zukommen wird. Sie sind im Finanzplan mit rund 5 Milliarden Franken aufgeführt. Zudem werden wir bei der IV 10 Milliarden nachfinanzieren müssen. Bei der Arbeitslosenversicherung haben wir auch eine Negativrechnung. Beim FinöV-Fonds sagen wir zwar, dass das Geld irgendwann einmal zurückfliesst. Für mich sind es aber auch Schulden, die auflaufen, bei denen wir dann sicher irgendwann einmal erkennen werden, dass die Rückzahlung kaum möglich sein wird.

Deshalb müssen wir davon ausgehen, dass die Verschuldung in diesem Staate nach wie vor zunimmt. Ich persönlich bin der festen Meinung, dass wir erst dann von Entwarnung sprechen können, wenn es uns gelingt, diese Schuldenentwicklung zu stabilisieren. Ich wäre froh, wenn Herr Bundesrat Merz zur Schuldenentwicklung und zu den vorhandenen

Zunahmen der nächsten Jahre einige Ausführungen machte.

Ich bitte Sie, mit Befriedigung von diesem Budget Kenntnis zu nehmen. Aber von Entwarnung zu sprechen wäre hier fehl am Platz.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Ich nehme an, dass die meisten von Ihnen gelegentlich am Sonntag oder in den Ferien Wanderungen oder Spaziergänge machen. Dann nimmt man ja Themen mit, mit denen man sich beschäftigt; das kann die Familie, das kann das Hobby sein. In unserem Fall ist es aber auch der Staat, denn wir tragen ja die gemeinsame Verantwortung für diesen Staat. Dann fragen wir uns: Was sind eigentlich die wesentlichen Aufgaben? Was soll dieser Staat uns Bürgerinnen und Bürgern bieten, und was kann er nicht? Dann stellt man sich die Fragen nach dem Wohlstand, nach der Sicherheit, nach der kulturellen Vielfalt, nach dem Föderalismus, nach der Forschung, nach Modernität und Entwicklung und letztlich nach der Solidarität. Alle diese Anforderungen müssen erfüllt werden, und sie haben ihren Preis. Jede politische Idee, auch die Freiheit und der Liberalismus, ist am Ende in Zahlen, in Ausgaben und in Einnahmen zu erfassen.

Wenn wir da beginnen, dann werden die Antworten je nach politischer Ausrichtung etwas anders ausfallen. Aber letztlich müssen wir uns dann finden und den Kompromiss suchen. Wir müssen denjenigen, die mehr in die Wohlfahrt legen wollen, entgegenkommen, gegenüber denjenigen, welchen die Solidarität sehr stark am Herzen liegt. Das ist das, was man jedes Jahr letztlich mit dem Budget macht. Diesen Prozess haben wir in den letzten Jahren verstärkt.

Wenn ich meine Wanderungen mache, dann habe ich – sofern ich mich dann mit den konkreten finanzpolitischen Fragen beschäftige – eigentlich immer drei Themen im Kopf, die mich dauernd beschäftigen:

Das erste Thema ist jenes der Perspektiven. Es ist jetzt ein sogenannter Nachhaltigkeitsbericht unterwegs. Wir versuchen, mit Annahmen in Bezug auf die Demografie und auf die Volkswirtschaft die Positionierung auch unseres Landes über die nächsten etwa fünfzig Jahre zu ermitteln. Wie könnte sich ein solcher Staat entwickeln? Da gibt es bewährte Methoden, die andere Länder schon angewendet haben und die dann Wege zeigen, wie man sich auch finanzpolitisch bewegen kann. Zu diesem Bereich gehören auch die Entwicklungsszenarien, von denen Herr Lauri gesprochen hat – ein Szenario, das eigentlich ein Auftrag ist, den der Bundesrat durch das Finanzhaushaltsgesetz erhalten hat, beinhaltet, dass er alle vier Jahre eine solche Szenarioperspektive präsentieren soll. Das ist der Perspektivbereich.

Das zweite Thema, das mich immer wieder beschäftigt, ist das eigentliche finanzpolitische Gefäss. Dort haben wir in den letzten Jahren Entwicklungstendenzen erlebt, die mehr in Richtung Institutionalisierung gehen. Wir haben einen Entlastungsprogramm-Mechanismus institutionalisiert, für das EP 2003, für das EP 2004. Wir haben jetzt im Bundesrat versucht, ein Aufgabenportfolio zu institutionalisieren; das ist eine Annahme über Einnahmen und Ausgaben bis zum Jahr 2015, mit der These: Der Staat sollte nicht mehr als 3 Prozent wachsen. Diese 3 Prozent entsprechen einem staatsquotenneutralen Wachstum.

Das heisst also: Wenn wir diese 3 Prozent Wachstum annehmen, dann können wir davon ausgehen, dass es ohne zusätzliche Steuern abgehen wird und die Einnahmen in diesem Masse wachsen werden. Wenn wir dieses Portfolio umsetzen wollen, dann müssen wir davon ausgehen, dass sich die Entwicklung bis ins Jahr 2015 mit einem Mehrausgabenbereich von 8 Milliarden Franken abzeichnet und dass wir gegenüber heute die Entwicklung um diese 8 Milliarden Franken korrigieren müssen. Das tönt sehr dramatisch, ist es aber nicht, weil – und da komme ich schon fast zum Votum von Frau Fetz – man das Wegsparen und das Nichterhöhen nicht verwechseln darf. Wegsparen bedeutet, dass Sie von absoluten Zahlen hinuntergehen. Wenn Sie eine Entwicklung verlangsamen – sie vielleicht langsamer machen als die volkswirtschaftlichen Entwicklungen –, dann ist

das nicht ein Wegsparen, sondern ein Nichterhöhen. Das ist nicht dasselbe, aber das in Klammern; ich komme noch einmal darauf zurück.

Das dritte Thema, das mich dauernd beschäftigt, ist – würde ich sagen – der diskretionäre Bereich. Dieser diskretionäre Bereich wird zum Teil auch von Ihnen bestimmt. Da gibt es Motionen: Die Motion Schweiger, die Motion Lauri, auch eine von mir als damaligem Ständerat – sie gehören alle in dieses Gebiet hinein. Die diskretionäre Entwicklung kommt von aussen auf uns zu, wo man auch steuer- oder einnahmenpolitische Hürden setzen oder Entspannungen haben will – ich nenne auch das Beispiel der Schuldenbremsenverschärfung, die sich jetzt anbahnt.

Diese drei Bereiche gilt es letztlich zusammenzuführen. In allen diesen drei Bereichen spielt sich etwas ab. Wir versuchen das zu harmonisieren. Manchmal ist der diskretionäre Bereich schwer. Wenn wir dabei sind, ein Aufgabenportfolio zu beschliessen und dann plötzlich eine Motion kommt, die das alles verschärft – wir waren mitten im EP 2003, und dann kam eine Motion, die verlangte, dass die Ausgaben bis ins Jahr X nur um drei Milliarden Franken steigen dürften, obwohl die Hälfte dieser drei Jahre schon vorbei war –, dann gibt es natürlich Interessenkonflikte zwischen dem diskretionären und dem finanzpolitischen Bereich und wiederum zwischen diesem und dem perspektivischen Bereich. Aber dazu sind wir ja da, um dann diese Interessen auszugleichen. Dann kommen die Tendenzen; da reflektiere ich auf die Voten von Herrn Lauri und von Herrn Pfisterer, die mich sehr beeindruckt haben. Es ist in der Tat so, dass angesichts der sich verschärfenden Kämpfe um die immer weniger werdenden öffentlichen Mittel die Methoden, sich gewissermassen ins Trockene zu retten – ich sage es jetzt einmal dramatisch –, auch immer dramatischer werden. Man versucht mit allen Tricks, Ausgaben irgendwo abzusichern, damit sie für irgendwelche finanzpolitische – sag ich mal – Manipulationen nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Fonds sind ein typisches Beispiel. Der FinöV-Fonds ist aus Zement, da kann ich nichts mehr machen. Da wird einfach jedes Jahr finanziert – bums. Da hat es gar keinen Sinn, auch nur einen Finger zu rühren.

Dann kommt der Infrastrukturfonds; das ist eine ähnliche Situation. Dann macht man die Plafonds; Herr Schwaller sagte, beim VBS dürfe von 2009 bis ich weiss nicht wann nichts mehr geändert werden, das sei ein Plafond. Okay, und jetzt warte ich auf die Landwirtschaft, die einen Fonds will, um dann zu sagen: Uns dürft ihr nicht mehr berühren; noli me tangere, würden die Bauern dann sagen. Das ist eine grosse Gefahr, wie auch die Motion Leuthard. Ich sage Ihnen heute schon – wir werden ja eine Antwort geben müssen –: Diese Motion Leuthard können Sie nicht umsetzen, ohne die Osthilfe zu tangieren. Ich kündige das jetzt einfach einmal an. Was sich hier abspielt, betrifft einen Bereich, der nur einen Drittel des Bundeshaushaltes ausmacht, und das ist der steuerbare Drittel. In diesem Bereich wird jetzt versucht, möglichst noch zu zementieren, damit dann die Steuerbereiche noch geringer werden. Zwei Drittel des Bundeshaushaltes sind ohnehin Transferausgaben, die gesetzlich einen derart hohen Bindungsgrad haben, dass wir ohne Gesetzesänderungen praktisch nichts mehr machen können.

Das sind meine Befürchtungen. Und dann kommt möglicherweise noch das Finanzreferendum auf Bundesebene dazu. Und am Ende muss ich Sie fragen: Was wollen Sie dann noch mit der Finanzpolitik, wenn sich alle ins Trockene begeben, nach dem Motto «Rette sich, wer kann»? Dann können Sie hier an meine Stelle einen Computer einsetzen und können ihn füttern, und die Software liefert Ihnen das Budget. Das sind Tendenzen, die mir Sorgen machen.

Wir sollten wieder mehr Freiheiten haben, uns mit diesen Aufgaben auseinandersetzen und sie hinterfragen können, um zu sagen, was Priorität hat und was subsidiär ist usw. Das ist das, was mich auch in der finanzpolitischen Debatte in diesem Land derzeit mit grosser Sorge erfüllt. Jetzt bin ich etwas heftig geworden, entschuldigen Sie, aber das ist einfach, wie ich die Dinge momentan erlebe.

Jetzt zu den Fragen, die Sie gestellt haben: Herr Leuenberger sagte, wir sollten beim Verteilschlüssel die Investitionen besser berücksichtigen. Ich gebe ihm schon Recht; gewisse Investitionen sollten wir nicht kürzen, obschon die Kürzung bei Investitionen natürlich gerade das Wirksamste ist, weil man mit jeder verhinderten Investition auch Betriebsausgaben verhindert. Man hat damit gewissermassen einen doppelten Effekt. Daher ist natürlich die Versuchung da zu sagen, man kürze auch im Bereich der Investitionen, obschon das nicht immer klug ist, besonders, wenn es um Infrastrukturen geht; da gebe ich Herrn Leuenberger Recht.

Frau Fetz beklagte die Budgetungenauigkeit. Es mag schon sein, dass der Eindruck entsteht, dass das Ganze vielleicht etwas gar unerwartet war, für mich durchaus auch. Aber das ist erklärbar. Zunächst zu den Kennziffern, in der Vergangenheit und auch im Hinblick auf die Zukunft: Wir haben seit Jahren eigentlich erfolgreich mit dem Seco und mit der KOF zusammengearbeitet. Wenn man am Ende zurückblickt, sind die Zahlenprognosen mehr oder weniger immer eingetroffen. Darin liegt, glaube ich, der Grund für die Ungenauigkeit weniger.

Ein wichtiger Grund ist hingegen der, dass wir mehr als 2 Milliarden Franken ausserordentliche Einnahmen aus den Swisscom-Aktien hatten. Als wir im März 2005 die Weisungen für das Budget 2006 erliessen – wir stehen noch im Geschäftsjahr 2006 –, hatte sich dieser Aktienrückkauf noch nicht abgezeichnet. Die Einnahmen sind wie Manna vom Himmel gefallen; wir nehmen sie natürlich gern, und wir verwenden sie auch, um Schulden abzubauen, wobei mir jemand aus dem Rat gesagt hat: «Es gibt ja die Tendenz, man solle die Schulden von 130 Milliarden Franken ganz abbauen. Nun haben wir 2 Milliarden Franken für den Abbau. Wenn man das 65 Jahre lang fortsetzen würde, wären wir bei null.» Also müsste ich, wenn ich die Schulden mit diesem unerwarteten, ungenauen Ergebnis abbauen wollte, noch 65 Jahre lang Finanzminister sein, bis wir bei null wären. Derjenige, der dieses Resultat erreichen wird, ist heute wahrscheinlich noch gar nicht geboren. Ich sage das einfach, um einmal zu zeigen, von welchen Dimensionen wir sprechen. Wenn schon einmal 2 Milliarden Franken anfallen, sollten wir sie nehmen.

Die Ungenauigkeit bei der Schätzung der Steuern hatte auch mit der Verrechnungssteuer zu tun. Einer meiner Vorgänger, Herr alt Bundesrat Stich, hat einmal scherzend gesagt, die Verrechnungssteuer habe diesen Namen, weil man sich bei ihr immer verrechne. Es ist in der Tat so: Sie ist sehr volatil, sie ist sehr unberechenbar. Das hat jetzt eben hierzu geführt. Ich glaube nicht, dass wir im nächsten Jahr wieder derartige ausserordentliche Ergebnisse haben werden. Wir haben auch die Konjunkturschätzungen für das nächste Jahr wieder mit den entsprechenden Prognoseinstituten gemacht; ich sehe da eigentlich nichts Ausserordentliches auf uns zukommen.

Herr Berset hat die Frage nach strukturellen Überschüssen gestellt. Die strukturellen Überschüsse oder Defizite sind die Ergebnisse der Finanzierungsrechnung in Funktion zur wirtschaftlichen Entwicklung. Dieser trägt ja auch die Schuldenbremse Rechnung, indem sie zwei Mechanismen hat. Der erste Mechanismus ist das sogenannte Ausgleichskonto, denn die Schuldenbremse soll ja über einen Zyklus spielen. Was es in guten Zeiten an Überschüssen gibt, muss in schlechteren Zeiten wieder rückbildbar sein. Der Puffer dazu ist das Ausgleichskonto. Der zweite Mechanismus ist der sogenannte K-Faktor. In guten Zeiten wie den heutigen muss er unter 1 sein. Für das nächste Jahr haben wir 0,999 eingesetzt. Wenn schlechtere Zeiten kommen, ist er über 1. Das dient eben dem Ausgleich. Was dann trotzdem noch an Schulden entsteht, sind eben die strukturellen Defizite. Es gibt also durchaus eine Begründung dafür und eine Definition dazu.

Es ist schade, dass Herr Berset nicht mehr hier ist. Ich wollte zwar eigentlich keine Steuerdebatte vom Zaune reissen, denn das ist ein anderes Thema, aber er und Frau Fetz haben es angeschnitten.

Wir haben im Bereich der Steuern mit der Unternehmenssteuerreform I zunächst einmal die grossen Unternehmen, insbesondere die Holdings, mit Vergünstigungen versehen, die nötig waren und die sich auch auszahlen. Wir haben entsprechende Beweise dafür. Jetzt, in einem zweiten Schritt, haben wir vor, die KMU steuerlich zu entlasten. Die Unternehmenssteuerreform II hat in erster Linie eben dieses Ziel. Parallel dazu haben wir aber auch eine Entlastung im Bereich der Ehepaare und der Familien gemacht. Ich denke, diese drei Bereiche – Unternehmen, KMU, Familie – bilden ein vernünftiges Dreieck, aus dem die Einnahmen dieses Landes kommen. Dann gibt es Spezialsituationen wie jene der Mitarbeiteroptionen. Herr Berset, ich hatte an diesen auch keine grosse Freude. Das Thema ruht, weil es offensichtlich an Aktualität verloren hat. Hingegen gehören die genannten drei Bereiche, denke ich, zu einer sorgfältigen Steuerpolitik, sodass wir auch international den Anschluss nicht verlieren. Und deshalb vertrete ich diese Projekte mit Überzeugung.

Herrn Brändli habe ich, glaube ich, weitgehend schon geantwortet. Ich teile seine Bedenken; ich muss einfach sagen – und damit möchte ich jetzt schliessen –, dass die Würdigung dieser Jahre unterschiedlich ausfällt. Das Jahr 2006, in dem wir jetzt sind, ist eindeutig ein Zwischenhoch. Jetzt ist die Situation in der Tat gut; wir haben insgesamt 4,3 Milliarden Franken Überschüsse. Das Jahr 2007 wird aufgrund der Debatte, die Sie hier geführt haben, und aufgrund der Vorgabe des Nationalrates ebenfalls mit einem Überschuss enden, und zwar sowohl in der Finanzierungsrechnung wie auch in der Erfolgsrechnung. Das Jahr 2008 sieht aber nicht gut aus. Wir werden dann – und zwar nicht, weil wir es künstlich terminiert haben, sondern weil es sich aus dem politischen Ablauf so ergibt – Ausgabenüberschüsse von 5 Milliarden Franken in der ausserordentlichen Rechnung haben: 2,6 Milliarden Franken Infrastrukturfonds, 1,4 Milliarden Franken nachschüssige Finanzierung der Invalidenversicherung, 900 Millionen Franken Pensionskasse Publica und 100 Millionen Franken Investitionen im Bereich der Migration. Das sind 5 Milliarden Franken. Das bedeutet dann, dass wir im Jahr 2008, wenn wir eben auf der andern Seite nicht auch ausserordentliche Einnahmen garantieren, wieder 5 Milliarden Franken mehr Schulden bekommen. Und das darf so nicht weitergehen. Nur schon die Zinsen für diese 5 Milliarden Franken gehen ja in die Hunderte von Millionen Franken. Das ist eine Entwicklung, die absolut unerwünscht ist.

Und deshalb ist das Aufgabenportfolio wichtig. Die Departemente haben im politisch etwas schwierigen Übergangsjahr 2007 die Wahlmöglichkeit, entweder bereits ein Aufgabenportfolio in das Budget einzugeben oder dann eben nach bisherigem Verteilschlüssel auf das Jahr 2007 Kürzungen unter späterer Anrechnung auf das Aufgabenportfolio zu akzeptieren. Das ist der Antrag, den wir im Bundesrat gestellt haben und der dort auch Gnade gefunden hat. Somit können wir jetzt die Planungen für die nächsten Jahre in Angriff nehmen, aber diese Planungen werden nicht bequemer werden, sondern sie werden wie in der Vergangenheit unter dem Damoklesschwert von ausserordentlichen Ausgaben stehen.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, jetzt das Budget nach den Anträgen Ihrer Kommission zu behandeln.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um der Finanzkommission unter dem Präsidium von Herrn Leuenberger sehr herzlich für die konstruktive und intensive Zusammenarbeit zu danken.

Pfisterer Thomas (RL, AG): Ich danke Ihnen, Herr Bundesrat, für diese Antwort. Aber ein grosser Teil unserer Unfähigkeit, Prioritäten sachlich zu setzen, liegt darin begründet, dass unser Bundesrat zu wenig als Kollegium funktioniert. Opfersymmetrie ist kein Weg einer starken Kollegialregierung.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*